



„Für einen generationsfairen Haushalt“

H.-Dieter Sellenriek
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

zum Haushaltsplan 2011,
Finanzplan und Investitionsprogramm
für die Jahre 2010 – 2014

Sitzung des Rates am 8. Dezember 2010

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster
Fraktionsgeschäftsstelle
Mauritzstraße 7-8 · 48143 Münster
Telefon (0251) 4 18 43-0 · Telefax (0251) 4 31 36
e-mail fraktion@cdu-ms.de · <http://www.cdu-ms.de>

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

mit der Beschlussfassung über den Haushalt schließen wir einen beispiellosen Konsolidierungsprozess ab und ich sage deshalb gleich dazu, der Konsolidierungsprozess ist damit abgeschlossen, weitere Einschnitte wird es nicht geben und sind auch nicht erforderlich, damit herrscht für alle in dieser Stadt finanzpolitische Planungssicherheit für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum.

Meine Damen und Herren, der eine oder andere mag sich erinnern, dies waren die einleitenden Worte meiner Haushaltsrede 2007. Ich habe damals darauf vertraut, dass ein einmaliges kräftiges Rödeln ausreichen würde, unser strukturelles Defizit dauerhaft auszugleichen. Aber wie so oft im Leben gilt leider auch hier, erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Denn während eigentlich 2010 der vollständige Haushaltsausgleich erreicht sein sollte, ist nach der Eckwertevorlage und dem Konzept zur Haushaltskonsolidierung der vollständige Abbau des Haushaltsdefizits erst für das Jahr 2020 vorgesehen. Diese Entwicklung wirft zwangsläufig die Frage auf, wie lange wird es diesmal dauern, bis wir uns erneut mit einer Konsolidierungsvorlage auseinandersetzen müssen? Denn immerhin ist es innerhalb von nur 10 Jahren das vierte Mal, dass wir durch deutliche Ausgabenreduktionen und insbesondere auch Einschnitte beim Personal und nunmehr zum ersten Mal auch durch Steuererhöhungen den Versuch unternehmen, und ich bezeichne es bewusst als Versuch, unser Haushaltsproblem in den Griff zu bekommen.

Weil die Ursachen für die Haushaltsmisere nicht nur hausgemacht sind, vielmehr externe Faktoren einen erheblichen Beitrag zur Schieflage fast aller kommunalen Haushalte in der Bundesrepublik beitragen, auch hier und heute erneut der unvermeidliche und nachhaltige Appell an Bund und Land, endlich konsequent das Konnexitätsprinzip zu beachten und für eine verlässliche und solide Finanzausstattung der Gemeinden zu sorgen. Die unerwartete Weltwirtschaftskrise im Jahre 2008 hat einen eher untergeordneten Beitrag zu den landauf und landab beklagten Finanzproblemen der Städte und Gemeinden beigetragen. Entscheidend sind vielmehr die exorbitanten Aufwendungen insbesondere in den Bereichen soziale Leistungen und Kinder-Jugend- und Familienhilfe. Allein in diesen beiden Produktbereichen beträgt der Saldo zwischen Erträgen und Aufwendungen und damit der Zuschuss rund 187 Mio. Dagegen ansparen zu wollen, kommt einem Sisyphusvorhaben gleich.

Meine Damen und Herren, weil die Hoffnung zuletzt stirbt, glaube ich nach den Bekundungen der Landesregierung und unserer Bundeskanzlerin, dass endlich nachhaltig das Problem der finanziellen Schieflage der Städte und Gemeinden angegangen wird. Dies enthebt uns gleichwohl nicht der Aufgabe, unseren Beitrag zu leisten, um wenigstens perspektivisch die Verschuldung von aktuell rd. 730 Mio. deutlich reduzieren zu können.

Meine Damen und Herren, wenn ich soeben von uns gesprochen habe, dann meine ich damit auch alle Mitglieder dieses Rates, weil wir uns alle verpflichtet haben bei unserer Amtseinführung, zum Wohle der Stadt zu handeln und hierzu gehört zweifelsohne zu allererst die Verabschiedung eines ausgeglichenen

Haushalts, weil der Haushalt Basis und Grundlage für die Entwicklungsprozesse in dieser Stadt ist. CDU und SPD sind bereit, sich dieser Verantwortung zu stellen und um Rosinenpickerei wie beim letzten Haushalt auszuschließen, sind diesmal auch in den Ausschüssen nur die Anträge aufgegriffen worden, für die jetzt CDU und SPD geradestehen. Vor dem Hintergrund der Entgleisung von Hery Klas in seiner Pressekonferenz vor gut drei Wochen und den völlig inakzeptablen Vorwürfen gegenüber dem SPD-Fraktionsvorsitzenden hier der deutliche Hinweis, auch die Grünen waren eingeladen, hier mitzumachen. Dazu waren sie offensichtlich ursprünglich ja auch bereit, wie sich aus den interfraktionellen Gesprächen auch zwischen CDU und Grünen und den anschließenden Pressemitteilungen entnehmen lässt. Wer sich dann jedoch aus dieser Verantwortung verabschiedet, weil er es offensichtlich nicht geschafft hat, rechtzeitig seine Hausaufgaben zu erledigen und sich damit frühzeitig miteinzubringen, der stellt die Dinge auf den Kopf und will offensichtlich von eigenem Versagen ablenken.

Meine Damen und Herren, bei unseren Haushaltsplanberatungen standen als zentrale Anforderungen im Raum die Verabschiedung eines generationsfairen Haushalts, die Vermeidung weiterer Steuererhöhungen über das in der Konsolidierungsvorlage vorgesehene Maß hinaus sowie als Teil unserer bildungspolitischen Schwerpunktsetzung ein Programm für Schulbausanierungen. Daneben galt es, den hohen Standard im Kinder-, Jugend- und Familienbereich zu halten, die soziale Balance und die Rahmenbedingungen für eine prosperierende Wirtschaft zu wahren.

Meine Damen und Herren, die zentrale Frage, der sich jeder stellen muss, ist die, wie schaffen wir es, den Neuverschuldungstrend nachhaltig zu stoppen und perspektivisch in die Entschuldung einzutreten. Eine Antwort darauf gibt sicherlich das vorgelegte Konsolidierungspaket. Die darin aufgezeigte zeitliche Perspektive erschien uns allerdings als zu großzügig bemessen. Deshalb war für uns von Anfang an klar, dass das in der Vorlage aufgezeigte Konsolidierungsvolumen von 35 Mio. nicht nur erreicht, vielmehr übertroffen werden musste, um dem Ziel der Entschuldung zeitlich deutlich schneller näher zu kommen. Am Ende unserer Haushaltsklausurberatungen stand daher ein Konsolidierungsvolumen von 42,509 Mio. Im Zuge der Verhandlungen über eine Haushaltsmehrheit hat sich dieser Konsolidierungsrahmen zwar auf rd. 39 Mio. verringert, damit liegen wir aber immer noch um gut 4 Mio. über dem vorgegebenen Konsolidierungsbeitrag.

Und bei der Frage der Konsolidierung sind wir selbstverständlich aufgefordert, auch als Kommunalpolitiker einen eigenen Beitrag zu leisten. Wer eine Verschlankung der Verwaltung fordert, wie ausdrücklich FDP und UWG/ÖDP, der ist selbstverständlich aufgerufen, auch die kommunalpolitischen Strukturen zu verschlanken. Für uns bedeutet dies, dass die Strukturen so verändert werden müssen, dass Entscheidungsfindungen und Abläufe beschleunigt und vereinfacht werden. Nur wenn wir aufgabenkritisch uns der Frage zuwenden, welche Aufgaben und Leistungen soll die Verwaltung noch erbringen, müssen noch erbracht werden, können wir nach Überprüfung und Reduzierung des Leistungskataloges die Forderung nach Optimierung des Personal- und Organisationsmanagements stellen. Soweit die CDU in diesem Zusammenhang die Forderung nach weitergehenden Stellenreduzierungen erhoben hat, stellen wir ausdrücklich klar, dass für uns betriebsbedingte Kündigungen selbstverständlich ausgeschlossen sind.

Eine Beschleunigung der Entscheidungsabläufe setzt nach unserer Einschätzung zwingend voraus, dass endlich die schon vielfach diskutierte Zahl und Größe der Ausschüsse und sonstigen Gremien im Interesse der Effizienz und damit auch der Kostenminimierung nicht nur kritisch hinterfragt, sondern im Ergebnis auch deutlich verringert wird. Obwohl wir eine Wahlkreispartei sind, beziehen wir in diese Prüfung ausdrücklich die Reduzierung der Wahlkreise auf das zulässige Maß ein, um so auch zu einer deutlichen Verringerung der Größe dieses Rates zu gelangen, der teilweise die Größe von Landesparlamenten übertrifft. Wir werden daher in Absprache mit der SPD als Teil unserer Haushaltsbeschlüsse einen Ratsantrag einbringen, der die vorgenannten Ziele zum Inhalt hat und wir hoffen, dass dieser auf Verschlinkung der kommunalpolitischen Strukturen gerichtete Antrag die Unterstützung aller hier im Rat vertretenen Parteien findet.

Für die CDU-Fraktion steht zudem außer Zweifel, dass eventuelle Mehreinnahmen, die sich als schwacher Silberstreif am Horizont durch möglicherweise höhere Gewerbesteuern aufgrund der verbesserten Wirtschaftssituation, Unterstützungen - wie von der Ministerpräsidentin angekündigt - vom Land, wie auch weitere Einnahmen aufgrund der konsequenten Beachtung des Konnexitätsprinzips, grundsätzlich keine Veranlassung sein können und dürfen, in alte Ausgabenverhaltensmuster zurückzufallen. Vielmehr muss jeder Cent, der zukünftig mehr eingenommen werden sollte, ausschließlich für das Ziel der Rückführung der Verschuldung verwandt werden. Ein Ablassen oder Nachlassen bei der Frage der Konsolidierung kommt daher für uns nicht in Betracht.

Unsere klare Botschaft, die wir an die Bürger dieser Stadt richten wollen ist, ist daher: Wir treten ein für einen generationenfairen Haushalt, wir werden alles tun, um die Lösung unserer heutigen Haushaltsprobleme nicht auf unsere Kinder und Kindeskiner zu verlagern.

Die zweite Botschaft, die wir an die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt richten wollen ist die: Höhere Steuern, als die in der Konsolidierungsvorlage von der Verwaltung vorgeschlagenen wird es mit uns nicht geben. Deshalb war für uns von Anfang an klar, dass wir uns auf eine höhere Gewerbesteuer und Grundsteuer als vorgeschlagen nicht einlassen würden. Die von den Grünen vorgeschlagene Verdoppelung der Einnahmen aus der Grundsteuer B ist daher aus unserer Sicht völlig inakzeptabel, sie belastet nicht nur die Hauseigentümer, sondern über die Umlagen jeden Mieter dieser Stadt in unverantwortlicher Weise. Wenn Hery Klas diesen Vorschlag dann auch noch öffentlich damit rechtfertigt, Mieter würden zwar stärker belastet, die Steuer differenziere aber, wer mehr verdiene müsse auch mehr zahlen, dann hat er entweder keine Ahnung, oder er will die Betroffenen für dumm verkaufen. Denn jeder weiß, dass sich die Grundsteuer nach dem Einheitswert bemisst und daher eine kleine Dreizimmer-Neubauwohnung im Innenstadtbereich eine höhere Grundsteuer auslösen kann als ein großes älteres Einfamilienhaus in den Außenstadtteilen. Mit dem Einkommen, mit dem Verdienst hat die Höhe der Grundsteuer jedenfalls nicht das Geringste zu tun. Eine derart unsoziale Steuerbelastung lehnen wir daher nachdrücklich ab. Für uns ist auch klar, dass man Steuererhöhungen nicht beliebig oft fordern kann. Daher auch insoweit die klare Bot-

schaft an die Bürgerinnen und Bürger und Gewerbetreibenden dieser Stadt, mit uns wird es weitere Steuererhöhungen in den kommenden Jahren nicht geben.

Meine Damen und Herren, und als dritte Botschaft möchten wir den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt mitteilen, dass bei allen notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen die soziale Balance gewahrt, der Bereich Kinder, Jugend und Familie auch weiterhin Themenschwerpunkt unserer Politik bleibt und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so gewährleistet werden, dass hier unter anderem das notwendige Gewerbesteueraufkommen erwirtschaftet werden kann, um die übrigen Politikfelder bedienen zu können. Um insbesondere die vielen Träger im sozialen Bereich nicht zu überfordern, haben wir gemeinsam eine moderate 1,75 %ige Kürzung beschlossen, die allerdings auch erst ab dem Jahre 2012 greifen soll, damit sich alle davon Betroffenen mit der nötigen Vorlaufzeit im kommenden Jahr darauf einrichten können. Ausgenommen von dieser Kürzung sind unter anderem die Kindertagesstätten. Dass wir selbstverständlich auch weiterhin für einen energischen Ausbau der U-3-Betreuung eintreten, um den Familien die Wahlfreiheit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, bedarf keiner Vertiefung. Die vorgeschlagene Kürzung um 6 % bei Trägern im Sozial-, Gesundheits- und Umweltbereich ist damit vom Tisch.

Der münstertypische hohe Standard im Bildungswesen bleibt erhalten, mit dem Haushaltsbegleitantrag, zusätzlich 10 Mio. in Schulsanierungen zu investieren, haben wir hier einen deutlichen Schwerpunkt gesetzt. Auch der Schülerspezialverkehr bleibt im Kern unangetastet. Die CDU steht auch weiterhin für das enge Netz an Beratungs- und Hilfsangeboten für alle Menschen in unserer Stadt, für Bildungsangebote, Sport und Kultur. Beispielhaft sei hier nur erwähnt, dass die Bürgerbüros erhalten bleiben und insbesondere auch vor dem Hintergrund des hohen ehrenamtlichen Engagements die Beibehaltung der Stadtteilbüchereien Aaseestadt und Hansaviertel außer Frage standen.

Meine Damen und Herren, nachhaltige Zukunftssicherung erfolgt über den Ausbau des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes. Die Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Technologieparks hat daher für uns oberste Priorität. Und die Wirtschaft wird auch zukünftig in uns einen verlässlichen Partner an ihrer Seite finden. Die historisch niedrigste Arbeitslosenzahl der vergangenen 15 Jahre von 5,6 %, die zweifelsohne etwas mit der vorausschauenden Wirtschaftspolitik der CDU-Fraktion in den letzten 10 Jahren zu tun hat, ist uns Ansporn und Verpflichtung zugleich. Mit dem Autobahnanschluss am Flughafen Münster-Osnabrück wird die dortige Entwicklung des Airport-Gewerbeparks einen deutlichen Aufschwung erfahren. Die Ansiedlung der alteingesessenen Firma Stroetmann im Gewerbegebiet Hansa-BusinessPark in Amelsbüren zeigt auf, wie richtig und vorausschauend es war, gegen Widerstände dieses Gewerbe- und Industriegebiet durchzusetzen. Der Autobahnanschluss wird ein Übriges tun, hier gewerbliche und industrielle Betriebe anzusiedeln und damit Arbeitsplätze in Münster zu schaffen.

Dass für uns der Weiter- und Ausbau überregionaler Verbindungen, wie der B 51 und der B 481 notwendig zur Stärkung der oberzentralen Funktion unserer Stadt sind, muss nicht erneut vertieft werden. Aber auch örtliche Entlastungsstraßen sind für uns unverzichtbar. Deshalb kam für uns ein Streichen so wichtiger Infrastrukturmaßnahmen wie der Nordumgehung Roxel oder der Heroldstraße mit dem Bahnhaltepunkt Mecklenbeck nicht in Betracht.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wir sind uns sicher und zuversichtlich, dass wir mit der heutigen Verabschiedung des Konsolidierungsprogramms und des Haushalts 2011 im breiten Parteikonsens von CDU, SPD, UWG/ÖDP und Piraten ein Zeichen für die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt setzen und einen Beitrag zur Generationengerechtigkeit leisten.

Zum guten Schluss möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Konzern Stadt Münster bedanken. Wir wissen um die Leistungsbereitschaft und die hohe Motivation bei der Erledigung der Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Dafür sind wir dankbar und bedanken uns an dieser Stelle ausdrücklich. Unser besonderer Dank gilt all denen, die ihren Beitrag geleistet haben, damit wir hier und heute den Haushalt verabschieden können, namentlich den Mitarbeitern der Kämmerei, dem Kämmereileiter, der Kämmerin und dem Oberbürgermeister.

Ihnen allen darf ich jetzt eine besinnliche, stressfreie, möglichst auch politikfreie Weihnachtszeit, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen.